

Niederschrift

zur 26. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fürstenwalde/Spree (Wahlzeit 2008/2014)

Sitzungsdatum	Sitzungsdauer	Sitzungsort
Donnerstag, den 15.12.2011	18:00- 21:06 Uhr	Bürgerhaus "Fürstenwalder Hof"

Anwesenheit

Vorsitz

Jürgen Teichmann ,

Fraktion DIE LINKE.

Rene Benz , Monika Fiedler , Martin Gollmer , Jürgen Grasnick , Maria Meinel , Anne Müller verlässt die Sitzung im öffentlichen Teil um 20.07 Uhr, Lothar Nachtigall , Käthe Radom , Gerold Sachse , Jurik Stiller verlässt die Sitzung im öffentlichen Teil um 20.00 Uhr, Stephan Wende ,

CDU-Fraktion

Rolf Hilke , Jens Hoffrichter , Uwe Koch , Wolfgang Petenati ,

SPD-Fraktion

Helga Bluschke , Klaus Hemmerling , Jürgen Luban , Klaus Runge , Roland Schulze , Anja von Collrepp , Elke Wagner ,

FDP-Fraktion

Heiner Buzziol , Eberhard Henkel , Lothar Hoffrichter , Reinhard Ksink verlässt die Sitzung nach Beendigung des öffentlichen Teils um 21.10 Uhr, Petra Schumann verlässt die Sitzung nach Beendigung des öffentlichen Teils um 21.10 Uhr,

Bündnis 90/Die Grünen

Peter-Frank Apitz Verlässt die Sitzung im öffentlichen Teil um 20.30,, Jens-Olaf Zänker ,

Bürgermeister

Hans-Ulrich Hengst ,

Verwaltung

Eckhard Fehse , Nadine Gebauer , Jacqueline Goldboom , Jürgen Roch , Dr. Ingo Wetter ,

Gäste

Fred Fischer , Michael Schneider , Doris Zimmermann , Thomas Weber ,

Abwesend

SPD-Fraktion

Elisabeth Alter ,

FDP-Fraktion

Lutz König ,

Verwaltung

Franka Koch ,

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden zur 26. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Anwesenheit

Der Vorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung und Anwesenheit fest. Es sind 30 Stadtverordnete und der Bürgermeister anwesend.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Frau Wagner beantragt den TOP 10 (Antrag der Bündnis 90/Die Grünen) ersatzlos zu streichen – er erfüllt nicht die Anforderungen an einen Antrag. Der Aufruf kann innerhalb des TOP 12.15 abgehandelt werden. Herr Zänker erwidert, dass er ihn später in die juristisch korrekte Form bringen wird, sodass auch die SPD dem später zustimmen kann.

Frau Fiedler beantragt des Weiteren, dass TOP 12.3 an TOP 12.2 rückt, sodass die Drucksachen 5/395 und 5/379, beide den Stadtforst betreffend, hintereinander behandelt werden.

TOP 4 Bestätigung der Niederschrift der 25. Sitzung vom 20.10.2011

Der Vorsitzende verweist darauf, dass die Niederschrift der 25. Sitzung vom 20.10.2011 erst in der nächsten Sitzung bestätigt werden kann, da das Dokument aufgrund personeller Engpässe bisher nicht erstellt werden konnte.

TOP 5 Informationen des Vorsitzenden

Der Vorsitzende informiert, dass der Sachkundige Einwohner des Stadtentwicklungsausschusses Jürgen Bechthold verstorben ist. Während der vorletzten Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses wurde seiner gedacht auch die Vertretung während der Trauerfeier war gewährleistet.

Der Vorsitzende ist dem Auftrag der Stadtverordnetenversammlung nachgekommen und hat ein Schreiben bezüglich des Ausbaus der Fürstenwalder Schleuse an entsprechende Landes- und Bundesministerien verfasst. Der Verkehrsausschuss des Landtages des Landes Brandenburg sicherte daraufhin seine Unterstützung zu, ebenso steht Minister Vogelsänger dem Anliegen wohlwollend gegenüber. Im Februar 2012 ist ein Vor-Ort-Termin an der Fürstenwalder Schleuse geplant, hier sollen Einzelheiten gezeigt und geklärt werden. Am 6.12.2011 wurde dann in einem Schreiben von Dr. Ramsauer mitgeteilt, dass mittelfristig der Schleusenersatz nicht geplant ist, da von 15 Jahren Restnutzungsdauer der Schleuse ausgegangen wird. Erst nach dieser Zeit soll eine Entscheidung über die Grundinstandsetzung oder über eine Verlängerung der Schleuse erfolgen.

Der Sitzungsplan 2012 ist in der Tagesordnung nicht erfasst worden, daher wird er an dieser Stelle zur Abstimmung gestellt – Sondertermine für den Stadtentwicklungsausschuss sind avisiert, das Grundgerüst steht und Änderungen sind möglich. **Der Sitzungsplan 2012 wurde einstimmig angenommen.**

TOP 6 Informationen des Bürgermeisters

Der Bürgermeister lässt nachfolgende Termine Revue passieren:

21. Oktober
Infrastrukturminister Jörg Vogelsänger übergibt Förderbescheid für den Martinigarten mit einer 75 %igen Förderung aus dem EFRE-Programm Nachhaltige Stadtentwicklung mit einer Gesamthöhe von 515.000 €.
Gleichzeitig findet an diesem Tag in Anwesenheit des Ministers die Jungfernfahrt der ODEG-Linie 35 von Fürstenwalde zum Helios-Klinikum im Bad Saarow statt.
27. Oktober
Die Fürstenwalder Geschäftsstelle der Caritas mit ihren zahlreichen Beratungsangeboten für sozial Schwache und insbesondere für Fürstenwalder mit Migrationshintergrund feiert ihr 20-jähriges Jubiläum.
28. Oktober bis 30. Oktober
10. Fürstenwalder Jazztage in der Kulturfabrik
2. November
5. Kinderturntag – 16 Kitas aus Fürstenwalde und Umgebung sind dem mit ca. 320 Mädchen und Jungen Aufruf gefolgt.
5. November
9. November
Tag der offenen Tür der Fürstenwalder Grundschulen
Traditioneller Lichtermarsch zum Gedenken an die Pogromnacht 1938, organisiert von der Domgemeinde und der Plattform gegen Rechts
12. November
1. Fürstenwalder Familientag, organisiert vom Lokalen Bündnis für Familie.
13. November
Vier Veranstaltungen zum Volkstrauertag u. a. am Internierungslager Ketschendorf, auf dem Waldfriedhof an der Hegelstraße und auf dem Ottomar-Geschke-Platz
25. November
Abschlusspräsentation der Projektwoche an der 1. Oberschule.
Stichwort 1. Oberschule: in diesem Jahr wurde der Schulweihnachtsmarkt zum Nikolaus verbunden mit dem feierlichen Abschluss der umfangreichen Bauarbeiten, insgesamt wurden in den vergangenen Monaten fast 200.000 € an der Schule investiert.
25. November
Antigewalttag: Auch in diesem Jahr wurde eine Fahne am Rathausturm im Beisein von zahlreichen, auch männlichen, Abgeordneten gehisst. Abends gelungene und sehr gut besuchte Kinovorstellung zum Thema Häusliche Gewalt, die der Verein ‚Frauen helfen Frauen‘ organisiert hatte.
27. November
1. Advent
Weihnachtliche Beleuchtung nicht nur in der Eisenbahnstraße, sondern auch in der August-Bebel-Straße.
Weihnachtspostkasten im Rathaus im Bürgerbüro
Trebuser Weihnachtsmarkt: klein, fein, liebevoll. Außerdem ein sehr erfolgreicher Weihnachtsmarkt am 3. Advent mit so vielen und zufriedenen Besucherinnen und Besuchern und auch Händlern und Schaustellern wie lange nicht mehr.
8. Dezember
Erweiterung des P+R-Parkplatz in Fürstenwalde Nord wurde freigegeben, er bietet Platz für 90 zusätzliche PKWs.
13. Dezember
Verbandsversammlung des Zweckverbandes Fürstenwalde und Umland hat ab Januar nächsten Jahres eine Senkung der Abwassergebühren je Kubikmeter von 2,80 € auf 2,37 € beschlossen.

Ein Ausblick auf kommende Termine

6. Januar 2012

Neujahrsempfang der Stadt Fürstenwalde in den Samariteranstalten. Anlass: 120-jähriges Jubiläum der im Jahr 2012 - ein guter Auftakt zum Jubiläumsjahr.

Einladungsliste: Im vergangenen Jahr Konzentration auf Sport, Einladungen für 2012 gestrafft und nun auf die Partner im sozialen Netzwerk der Samariteranstalten und auf die Anrainer in Süd sowie die im Ehrenamt Tätigen fokussiert

14. Januar 2012

100-jähriges Jubiläum unserer Stadtbibliothek.

TOP 7 Einwohnerfragestunde

Die Bürgerin **Frau Zimmermann** informiert die Abgeordneten darüber, dass seit Anfang 2011 **Grundwasser in ihren Keller** drückt und hatte in diesem Zusammenhang sowohl dem Bürgermeister als auch dem Amt für Wasser- und Bodenpflege des Landkreises in Beeskow geschrieben. Bis heute zeichnet sich hier jedoch keine Lösung ab. 1935 lag der Grundwasserspiegel im Grundstücksbereich bei etwa 12 Meter, bei Bohrungen im näheren Umkreis wurde nun eine Tiefe des Grundwasserspiegels von 0,5 bis 1 Meter festgestellt. Der Keller ist nass, feucht und vergammelt, Keller in der näheren Umgebung sind sogar ganzjährig überschwemmt. Eine Ursache sieht Frau Zimmermann darin, dass die Gräben in unmittelbarer Umgebung, an der Umgehungsstraße Fürstenwalde Nord, nicht gesäubert wurden. Frau Zimmermann hat den Zustand über längere Zeit dokumentiert. Sie kann aber nicht beurteilen ob hier seitens der Stadt Maßnahmen ergriffen wurden. Frau Zimmermann bittet um Auskunft hierzu und fragt sich, wie die Stadt künftig mit dem Problem umgehen wird. 1993 wurde ihr die Zusage gegeben, dass sie ihr Haus rekonstruieren und sanieren darf, aber sie wurde nicht auf das Problem hingewiesen.

Frau Zimmermann hofft, dass sich einer der Abgeordneten oder der Bürgermeister intensiver mit dieser Problematik auseinandersetzen wird, dass nicht nur geredet, sondern auch etwas getan wird.

Bürgermeister: Die Stadt weiß um die Problematik und ist mit eigenen Objekten selbst betroffen. Leider ist es nicht möglich den Grundwasserspiegel abzusenken. Auch die Säuberung der Gräben bringt keinen ausreichenden Rückgang. Das gesamte Gebiet ist von erhöhtem Niederschlag der vergangenen Jahre betroffen. Es werden einige 100 T€ für Trockenlegung, Sanierung und Abdichtung auf die Stadt zukommen.

Frau Zimmermann: Mit ihrem Einkommen ist es nicht möglich, diese Maßnahmen für ihr Haus zu ergreifen.

Bürgermeister: Die rechtlichen Möglichkeiten den Einzelnen zu helfen sind nicht gegeben, die Stadt könnte lediglich bei der Behebung der Ursache helfen, wenn es denn eine Lösung gäbe (Gräben, Kanäle etc. bauen). Der Bürgermeister bietet Frau Zimmermann abschließend die Verabredung eines Gesprächstermins hierzu an.

Herr Schneider berichtet, dass nach dem 31. März 2012 die Abrissverfügung für das **Heideland** in Kraft tritt. Herr Schneider erinnert an das Gespräch mit dem Bürgermeister, in dem dieser äußerte, er gäbe hierzu nicht sein O.K. Als Lösungsansatz wurde vorgeschlagen, das Heideland als Waldfläche auszuweisen, was der Vorstand der Initiative ablehnte, da dies für das Heideland das totale Aus bedeuten würde. Die Frage ist, wie soll es nach dem 31. März 2012 weitergehen? Herr Schneider hat allen Fraktionen eine Liste der 70 Grundstücke, die vom Bauamt genehmigt worden sind und teilweise immer noch genehmigt werden, zukommen lassen. Diese Genehmigung sehen sie als illegal an.

Bürgermeister: 1.) Diejenigen, die mit Baugenehmigung gebaut haben, sind wahrscheinlich von einer Abbruchverfügung nicht bedroht, falls doch besteht für sie ein Anspruch auf Schadenersatz. 2.) Die Stadt hat versucht ein Sondergebiet, eine Außenbereichssatzung zu erlassen und auch kommuniziert, dass dies ein steiniger Weg ist, der keinen Erfolg garantiert, aber die einzige Möglichkeit aus Sicht der Stadt darstellt. Aber nach Aussagen verschiedener Planungsbüros ist die Außenbereichssatzung für dieses Gebiet nicht das Instrument. Eines der Planungsbüros hat die Möglichkeit einer anderen Lösung offen gehalten, hier wird ein Gespräch geführt werden. Weiter stellt er heraus, dass eine Abbruchverfügung voraussetzt, dass das bisherige Verfahren scheitert. Dennoch muss bereits jetzt vorausschauend über Alternativen nachgedacht werden und die entscheidende Frage wird sein: Soll wirklich Baurecht für alle geschaffen werden? Die Lösung, die dauerhaft helfen könnte, wäre ein Bebauungsplan. Das Problem Heideland zu lösen ist sehr schwierig und niemand wird einen Erfolg garantieren können.

Herr Fischer (Verband Deutscher Grundstücksnutzer e. V.): Der Unmut auf Seiten der Bewohner rührt zum Teil aus Unverständnis dafür, dass zum Teil weiter neue Häuser entstehen und Abrissverfügungen in unmittelbarer Nähe in Kraft treten sollen. Das Bemühen der Stadt ist anhand der umgesetzten Maßnahmen ersichtlich. Und er stimmt zu, dass das Problem nur über Planung, über Baurecht zu lösen ist. Herr Fischer äußert die Bitte, den Antrag, sich des Themas nochmals gründlich anzunehmen und zeitnah eine Positionierung an die Bauordnungsbehörde heranzutragen. Gegebenenfalls diese zu bitten, den Abbruch aufzuschieben, da eine Planung umzusetzen ist. Herr Fischer beantragt eine Bauflächenausweisung und das Voranbringen einer Satzung für die Siedlung.

Bürgermeister: Sie werden nicht allein gelassen, nur der Erfolg kann nicht garantiert werden, zudem müssen die unterschiedlichen Interessen im Heideland berücksichtigt werden. Die Gespräche werden zu dem Thema aufrecht erhalten.

TOP 8 Berufung eines Beiratsmitgliedes für den Integrationsbeirat

Herr David Sweet hat sich am 29.9.2011 während der Sitzung des Kultur- und Sozialausschusses in der Kulturfabrik ausführlich vorgestellt. Er wurde vom Integrationsbeirat schriftlich vorgeschlagen. Herr Sweet stellt sich der Stadtverordnetenversammlung knapp vor und wird daraufhin einstimmig als ordentliches Mitglied in den Integrationsbeirat berufen.

TOP 9 Antrag zur Betreuung der ODU (Empfehlung des Ausschusses für Kultur, Soziales und Gleichstellungsfragen)

Die Ausschussvorsitzende verzichtet auf einleitende Worte, die Diskussion zum Thema wird eröffnet.

Der Abgeordnete Lothar Hoffrichter lehnt im Namen der FDP-Fraktion den Antrag grundsätzlich ab. Er kritisiert die Art, wie die Abgeordneten im Sozialausschuss von Frau Wagner zur Abstimmung gedrängt wurden. Herr Hoffrichter führt aus, dass es unverständlich ist, warum ein über Jahre qualifiziertes und gut funktionierendes System der Pflichtversorgung neu aufgestellt werden soll. Mit dem Antrag wird, nach Ansicht der FDP, den bisherigen Beteiligten von der Hartz IV-Behörde bis zu den Trägern der Wohlfahrt Unfähigkeit bescheinigt. Er führt aus, dass die Unterbelegung aufgrund der kurzen Verweildauer als Erfolg zu betrachten ist. Des Weiteren, dass die Kreisverwaltung an den Stabsstrichen zwei bis fünf des Antrags im Wesentlichen Mitwirkungspflichten hat.

Herr Hoffrichter unterstreicht, dass ein Privatbetreiber Gewinn erwirtschaften will und somit nicht eine möglichst kurze Verweildauer im Vordergrund steht. Bisher ehrenamtliche Tätigkeiten werden somit künftig in Rechnung gestellt.

Aufgrund der Verflechtung mit den Betreuungsleistungen und somit dem Hilfesystem als Ganzem ist, bei einer Vergabe in freie Trägerschaft, die Bereitschaft des Landkreises dem Antrag zu folgen abzufragen, da dieser hier über die Mittel verfügt.

Die Abgeordnete Wagner antwortet auf die Wortmeldung des Herrn Hoffrichter als Ausschussvorsitzende, die die Diskussion über ein Jahr begleitet hat. Sie stellt heraus, dass Herr Hoffrichter in seinen Ausführungen alles in einen Topf wirft und nur die negative Seite der Medaille aufzeigt. Sie stellt heraus, dass die Stadt nach SGB 12 das Recht hat, die ODU auszuschreiben und der Kreis in diesem Fall nachgeordnet für die Bezahlung der Kosten verantwortlich ist.

Die ODU hat derzeit bei einer 54 Betten-Kapazität eine Belegung im Jahresdurchschnitt von acht Betten. In der ersten Hälfte 2011 wurden acht Einweisungen in die ODU vorgenommen. Auch der leerstehende Rest muss mitfinanziert werden. Frau Wagner schließt, dass die Fürstenwalder ODU für den, von Anfang an überschätzten und zusätzlich gesunkenen Bedarf viel zu groß sei. 156 T € pro Jahr des städtischen Haushalts, die in die Betreibung der ODU fließen, könnte den einzelnen Bewohnern ein weit angenehmeres Leben ermöglichen. Frau Wagner erklärt, dass die Berichtszahlen zum 30.06.2011, zeigen, dass vier Bewohner länger als 2 Jahre die Unterkunft in Anspruch nehmen, obwohl eine Obdachlosenunterkunft eine Übergangslösung sein sollte.

Als Fraktionsvorsitzende der SPD wehrt sie sich dagegen, dass die Schwächsten der Gesellschaft aufgegeben und weggesperrt werden.

Bezüglich der Kritik an den Abstimmungsmodalitäten im Sozialausschuss erklärt Frau Wagner, dass jeder der Abgeordneten das Thema nach früheren ausführlichen Diskussionen kannte, daher setzte sie voraus, dass jeder wisse worum es ging und entschuldigt sich, falls sie damit zu viel zugrunde gelegt hatte.

Der Abgeordnete Wende findet es durchaus erstrebenswert, dass längere Diskussionen soweit zusammengefasst und vorbereitet werden, dass über sie schnell abschließend abgestimmt werden kann. Darüber hinaus stellt er heraus, dass er Herrn Hoffrichters Kritikansatz der Privatbetreuung nicht im Antrag ausgeführt sieht. Er zitiert aus dem Antrag, dass additional eine Institution im Hintergrund wirken soll, die sich nicht nur auf die Unterbringung konzentriert, sondern einen ganzheitlichen Ansatz verfolgt (hier auch Aufgaben des Landkreises übernimmt), um den Betroffenen perspektivisch ein selbstständiges Leben zu ermöglichen oder wenn das nicht möglich ist, sie an geeignete Stellen weiterzuverweisen. Der Ausschuss will einen qualifizierten Betreiber für solch ein Angebot aus einer Hand.

Herr Wende stellt heraus, dass es für eine Aufgabenübertragung durch den Landkreis an die Stadt Fürstenwalde zunächst einen Beschluss und somit einen Arbeitsauftrag an den Bürgermeister aus der Stadtverordnetenversammlung braucht.

Beitrag der CDU-Fraktion, vorgetragen durch den Abgeordneten Petenati, welcher im Nachhinein vom Abgeordneten Wende als Wortprotokoll gewünscht wurde.

Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren,

wir als CDU-Fraktion sehen uns außerstande diesem Antrag unsere Zustimmung zu geben. Dazu folgende Begründung: Nach unserer Einschätzung ist die Betreibung der ODU eine ureigenste und originäre kommunale Aufgabe, die wir nicht delegiert sehen wollen. Wie bereits im Sozialintegrativen Konzept, vorgelegt durch Herrn Politz, beschrieben, ist die Aufnahme in die ODU, nachdem alle bewährten Hilfestellungen der Betroffenen ausgeschlagen wurden also die letzte Konsequenz bevor Bürgerinnen oder Bürger, bzw. Familien unversorgt auf der Straße sitzen ohne Dach über dem Kopf. Dabei war die Stadt in all den zurückliegenden Jahren stets Herr des Verfahrens und ist dieser Aufgabe 100%ig gewachsen gewesen, ohne Abstriche. Zur Illustration einige Zahlen, um klarzustellen, worüber wir eigentlich diskutieren. In den Jahren 2002 bis einschließlich Juni 2011 erfolgten insgesamt 97 Zugänge und dem gegenüber 125 Abgänge. Dauerbelegungen mit einer Aufenthaltsdauer von einem Jahr und länger waren erst ab 2006 zu verzeichnen; gegenwärtig sind es 4 Personen. Die wie im Antrag beschriebene präventive Arbeit zur Vermeidung von Wohnungslosigkeit wie auch entsprechende Beratung wird bereits jetzt durch die verantwortliche Fachgruppe gewährleistet. Für die weiter im Antrag formulierten Ziele wie Betreuung, Begleitung und Hilfe zur Rückführung der Betroffenen in eine selbstbestimmte Lebensführung existiert seit langen

Jahren in der Luise-Hensel-Str. das Betreute Wohnen, in dem sich diesen Belangen im vollen Maße gewidmet wird.

Das alles meine sehr geehrten Damen und Herren, setzt aber voraus, dass die Betroffenen willens und bereit sind, die ihnen angebotenen Hilfestellungen in Anspruch zu nehmen. Uns obliegt es nicht, auch wenn es noch so gut gemeint erscheint, in persönliche Schicksale per Dekret einzugreifen. Darüber hinaus sehen wir die Gefahr, bei Annahme und Zustimmung dieses Antrages in hoheitliche Aufgaben der Kreisverwaltung einzugreifen, mit der Folge, dass der Beschluss der STVV zu kassieren wäre. Also wozu die Aufregung? Sollen wir auf Grund von 4 Personen gegenwärtiger Dauerbelegung die Betreibung der ODU in fremde Hände geben? Wir sind fest davon überzeugt, dass die ODU auch künftig durch die Stadt Fürstenwalde betrieben wird, da wir für eine Fremdbetreibung keinen Handlungsbedarf sehen. Wir sollten zufrieden sein, dass das Thema Obdachlosigkeit für uns eigentlich nicht existiert, als wenn es uns überfordern würde und wir aus eigenem Vermögen keine Lösungen herbeiführen könnten.

Und wenn ich aus der vorhergegangenen Diskussion noch mal anfügen möchte, wenn es nur vier Dauergäste sind und wenn eine permanente Unterbelegung da ist, dann sollte man sich um eine andere Örtlichkeit bemühen und nicht das ganze System in Frage stellen. Und ich möchte hier und heute auch noch mal ganz klipp und klar sagen, dass ein soziales Netzwerk in Fürstenwalde entstanden ist, dass durchaus seines Gleichen sucht und all die Belange, die hier kritisiert werden oder angeführt werden durchaus absichern. Herzlichen Dank.

Frau Wagner weist darauf hin, dass hier die Ausschreibung der ODU zum Beschluss steht und dass die Qualität des sozialen Netzwerks in der Luise-Hensel-Straße und ganz Fürstenwalde unbestritten ist.

Der Abgeordnete Zänker von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ist erschüttert über die Polemisierung der Diskussion. Der Standpunkt der Fraktion ist einfach: Eben so wenig wie die Stadt in Belange der privaten Wirtschaft eingreifen sollte, sollte sie auch originäre Aufgaben in fremde Hände geben. Er erinnert daran, dass die Kommune dann nicht mehr Herr des Verfahrens, der Abläufe wäre. Er erinnert darüber hinaus an Konsequenzen früherer solcher Übertragungen, bei denen das Krankenhaus und der Flugplatz eingebüßt wurden. Im Falle der ODU droht ein Verlust des Einflusses und der Kontrolle über die aufzuwendenden Kosten.

Der Vorsitzende stellt fest, dass keine weiteren Wortmeldungen anstehen und leitet daraufhin die Abstimmung ein.

Zustimmung Ja 19 Nein 12 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 10 Antrag Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen: Alte Bäume erhalten

Die Abgeordnete Wagner meldet sich zu Wort bevor der Abgeordnete Zänker mit seinen einleitenden Ausführungen beginnen kann. Sie stellt fest, dass es keinen Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gibt, über den beraten werden kann, es handele sich nach ihrem Verständnis hierbei lediglich um einen Aufruf und gehöre somit nicht auf die Tagesordnung. Sie schlägt vor, dass Herr Zänker sich innerhalb des Tagesordnungspunktes, der sich mit der Drucksache beschäftigt, seinen Aufruf anbringen und zu diesem Zeitpunkt ihn auch als Antrag formulieren kann. Sie unterstreicht, dass es laut Geschäftsordnung im vorgesehenen Rahmen nicht möglich ist.

Herr Jens Hoffrichter erwidert, dass es sich sobald die Unterschrift von Herrn Apitz auf dem Entwurf steht es sich um einen Antrag der Fraktion handelt.

Der Vorsitzende legt fest, dass es sich um einen Antrag der Fraktion handelt und er als solcher zu behandeln ist, da er alle Bedingungen erfüllt. Es wird nun erwartet, dass er in beschlussreifer Formulierung vorgetragen werden wird.

Der Abgeordnete Apitz formuliert den Beschlussvorschlag: „Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt die Verwaltung, die Variante 1 entsprechend der Drucksache 5/398 im Frühjahr 2012 umzusetzen.“ Das Thema ist darüber hinaus viel weiter gefasst, als nur der Beschluss zu der genannten Drucksache. Der Erhalt alter Bäume wird von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen als originäres Thema verstanden, als eine Fortführung der Klimaschutzdebatte und es sollte hier vom Konkreten auf das Allgemeine geschlossen werden. Es soll verantwortungsvoll und fachgerecht mit alten Bäumen umgegangen werden, wie es der Fachbereich bereits tut. Ein Baumstammtisch wurde von der Fraktion angeregt und mit der Beteiligung der Verwaltung bereits initiiert. Dieser erstellt unter anderem ein Baumkataster, um die Entwicklung des Bestandes zu verfolgen. Interessierte Bürger können sich aktiv an diesem Prozess auch online beteiligen. Die Fraktion regt eine Weiterentwicklung dieser Bemühungen an. Der Beschluss im Sinne der Fraktion wäre ein erster Schritt in diese Richtung. Auch dass die Linde am Grassnickbrunnen nur einer von zwei Solitären im Umfeld ist, spricht für solch einen Beschluss. Der Baum befindet sich darüber hinaus in keinem kritischen Zustand, Fachleute bescheinigen ihr eine 10 bis 20-jährige Lebenszeitprognose. Die räumliche Wirkung der Linde ist unverzichtbar, sollte keiner Gründermentalität geopfert werden und der Erhalt wäre ein klares Signal für den Klimaschutz in Fürstenwalde.

Es soll weiter angeregt werden, den zum Teil eingeschlagenen Weg der stufenweise vorzunehmenden Neuanpflanzung mit Augenmaß weiter zu gehen. Der anstehende Umbau der Lindenstraße wird in diesem Zusammenhang ein wichtiges Projekt, das mit dem vorgeschlagenen Konzept umgesetzt werden sollte.

Der Vorsitzende wendet ein, dass der Antrag nicht abgestimmt werden kann, da dem Tagesordnungspunkt 12.15 und der dort abzustimmenden Drucksache vorgegriffen werden würde.

Der Fraktionsvorsitzende Zänker ist mit der vorgeschlagenen Vorgehensweise, dass der Antrag in Zusammenhang mit der Drucksache 5/398 zur Abstimmung kommt, einverstanden.

Der Fraktionsvorsitzende der Linken bemerkt, dass die Konsequenz fordern würde, mit dem Antrag zu beschließen, dass das sogenannte Kataster mit Fachleuten erarbeitet werden soll und dieses dann zu Satzungszwecken der Stadtverordnetenversammlung wieder vorzulegen sei. Als zweiter Schritt sollte darüber hinaus die schrittweise Erneuerung des Baumbestandes in der Lindenstraße beschlossen werden und den alten Baumbestand so lange wie möglich zu erhalten. Er bittet daher sich zu dem Änderungsantrag der Linken zu diesem Tagesordnungspunkt an dieser Stelle zu verständigen und den Beschlussvorschlag abstimmen zu lassen. Das Präsidium hat zu entscheiden, ob dies trotz der Rücknahme des Ursprungsantrags möglich ist.

Der Vorsitzende Herr Teichmann stimmt dem für den entsprechenden Zeitpunkt zu.

Herr Hilke begrüßt die Ausführungen von Herrn Apitz und geht mit ihnen konform. An Herrn Wende gerichtet führt er aus, dass er dem Änderungsantrag grundsätzlich folgen kann, plädiert aber dafür den Antrag in dem zuständigen Fachausschuss ausführlich zu diskutieren und somit die nötige Vorbereitung der Abgeordneten zu gewährleisten.

Herr Teichmann verweist für eine Entscheidung auf den Tagesordnungspunkt 12.15 und stellt heraus, dass auch an dieser Stelle noch Änderungen eingebracht werden können.

Ablehnung Ja 13 Nein 15 Enthaltung 1 Befangen 0

TOP 11 Antrag der Fraktion DIE LINKE: Parksituation vor dem Ärztehaus Nord zügig verbessern

Der Fraktionsvorsitzende der Linken erhält das Wort vom Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung: Er regt an, dass zeitnah eine Lösung gefunden werden muss, wie ordnend in die Parksituation am Ärztehaus Nord eingegriffen werden kann, sodass dort ausreichend Kurzzeitparkplätze für Patienten geschaffen werden können. Der Antrag wurde auf der Tagesordnung belassen, sodass

von Seiten der Stadtverwaltung ein, beim Hauptausschuss in Aussicht gestellter, Lösungsvorschlag unterbreitet werden kann.

Der Bürgermeister führt hierzu aus, dass die städtische Fläche am Ärztehaus nicht ohne Weiteres einem privaten Betreiber zur Einrichtung von Kurzparkzonen übergeben wird, da die Stadt plant, das selbst umzusetzen, voraussichtlich in Form von Zwei-Stunden-Parkzonen. Erste Gespräche mit den Betroffenen werden derzeit geführt und vom Straßenverkehrsamt gibt es bereits erste positive Signale. Der Bürgermeister hofft, zu diesem Thema in der nächsten Sitzung Näheres sagen zu können. Bis zur endgültigen Lösung des Problems durch eine Erweiterung des Parkplatzes wird es mit dieser Variante entschärft.

TOP 12 Behandlung der Tagesordnung des öffentlichen Teils der Sitzung

TOP 12.1 Wirtschaftsplan Stadtforst Fürstenwalde - Kommunaler Eigenbetrieb 5/395 für 2012

Es besteht kein Erläuterungsbedarf.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt den anliegenden Wirtschaftsplan 2012 für den Stadtforst Fürstenwalde – Kommunaler Eigenbetrieb.

Zustimmung Ja 31 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 12.2 Stadtforst Fürstenwalde - Kommunaler Eigenbetrieb; hier: Jahresabschluss 2010 5/379

Es besteht kein Erläuterungsbedarf.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung stellt den geprüften Jahresabschluss des Stadtforstes Fürstenwalde – Kommunaler Eigenbetrieb zum 31.12.2010 fest.

Ja: 31 Nein: 0 Enthalten: 0 Befangen: 0

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, dem Werkleiter Thomas Weber für das Geschäftsjahr 2010 Entlastung zu erteilen.

Ja: 31 Nein: 0 Enthalten: 0 Befangen: 0

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt vom Ergebnis in Höhe von 96.074,26 € einen Vortrag auf neue Rechnung in Höhe von 36.074,26 € vorzunehmen und 60.000 € an die Stadt Fürstenwalde/Spree auszuschütten.

Ja: 31 Nein: 0 Enthalten: 0 Befangen: 0

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung schlägt vor, Herrn Wirtschaftsprüfer Tom Wrankmore mit der Prüfung des Jahresabschlusses 2011 zu beauftragen.

Ja: 31 Nein: 0 Enthalten: 0 Befangen: 0

TOP 12.3 Beschluss über die Betreuung eines Fitnessstudios im Schwapp

5/399

Nachdem seitens der Stadtverwaltung kein weiterer Informationsbedarf besteht, meldet sich der Abgeordnete Koch zu Wort. Er führt aus, dass hier, nach Verständnis der CDU-Fraktion, im Grunde eine Entscheidung über den Abschluss eines ausgehandelten Mietvertrages ansteht. Herr Koch geht im Folgenden auf die Entwicklung des Fitnessstudios unter der Leitung von Herrn Wedel ein, vor allem die Ausgliederung 2002 aus dem Schwapp und die anschließende Neuausrichtung und Erweiterung des Profils wird hier hervorgehoben. Herr Koch zeigt auf, dass die Wiedereingliederung des Fitnessstudios nun als inkonsequent zu betrachten wäre. Er führt aus, dass sich hier in der Verwaltungsspitze und unter einigen Abgeordneten ein Meinungswechsel vollzogen haben muss, da noch vor einiger Zeit die Überzeugung im Vordergrund stand, dass die Ausgliederung der bessere Weg sei.

Fakten sind, dass in den Berechnungen der Betriebsführung davon ausgegangen wird, dass 1. Herrn Wedel 20 bis 30% der Kunden abgeworben und 2. 1.000 Reha-Kunden neu gewonnen werden können. Die Stadt geht hier bewusst mit einem bezuschussten Eigenbetrieb ins Risiko gegen ein bestehendes einheimisches Unternehmen und will diesem 20 bis 30% der Kunden abwerben. Herr Koch stellt heraus, dass die Gewinnung von 1.000 Reha-Kunden aufgrund der großen Konkurrenz in dem Bereich durchaus als problematisch zu betrachten ist. 1.000 Reha-Kunden mit 10.000 Anwendungen bedeutet, dass an jedem Tag zwei Kurse mit 15 Teilnehmern stattfinden müssten, was er als unglaublich ansieht. Ein ‚Versuch der Betreuung‘ bedeutet, dass jeder fünfte bis dritte Mitarbeiter des Fitnessstudios arbeitslos wird (zur Verdeutlichung des Punktes wurde Herr Wedel mit seinen anwesenden sieben Mitarbeitern gebeten, sich zu erheben). Die sozialen Auswirkungen spielen zwar bei der Entscheidung keine Rolle, die CDU-Fraktion beantragt dennoch eine namentliche Abstimmung, sodass ersichtlich ist, wer über die Zukunft der Mitarbeiter und des Fitnessstudios entschieden hat. Die Fraktion ist weiter überzeugt, dass die Zuschüsse für das Schwapp steigen würden und will auf diese Weise die Bedeutung jedes einzelnen betonen.

Herr Wende antwortet auf die Ausführungen von Herrn Koch, dass er nicht nur glaubt, dass eine positive Entscheidung in diesem Falle die Richtige ist, er erwartet es. Die städtische Gesellschaft, das Schwapp wird in einer strategische Ausrichtung und wichtigen Entscheidungsphase gestärkt. Der Standortvorteil, den nur das Schwapp hat, ist ein wichtiger Aspekt bei der Entscheidung und je mehr Möglichkeiten zum Wachstum der Gesellschaft, die die Stadtverordneten aufzeigen, je mehr Spielräume zur Preisgestaltung eröffnen sich möglicherweise, damit der Gewinn auch den Nutzern über die Eintrittspreise zu Gute kommen kann. Als Zweites sollte bei der Abstimmung, die Geschichte der Vertragsverhandlungen nicht außer Acht gelassen werden. Beide Seiten haben lange auf die beste Ausgangslage spekuliert, eine hat hierbei gewonnen und eine verloren.

Der Abgeordnete Schulze merkt an, dass es eine Ausschreibung seitens der Stadt gab, an der sich niemand beteiligt hatte, was dem Schwapp die gute Möglichkeit eröffnet, das Studio selbst zu betreiben. Es wäre falsch, wenn die Chance durch Kombination der Potentiale die Zuschüsse für das Schwapp zu minimieren, nicht genutzt werden würde. Herr Schulze äußert die Überzeugung seiner Fraktion, dass die Stadt nicht allein für die defizitären Bereiche eines Unternehmens zuständig ist und vertraut auf die Geschäftsführung, dass entstehende Synergien hier so genutzt werden, dass die Zuschüsse der Stadt auf keinen Fall steigen werden. Der Antrag wird unterstützt.

Herr Sachse korrigiert Herrn Koch dahingehend, dass hier keine Alternativentscheidung (Betreibung durch Herrn Wedel oder die Stadt), sondern lediglich die über die Eigenbetreibung ansteht.

Bürgermeister Hengst räumt ein, dass Prognosen jederzeit in Frage gestellt werden können, berichtigt aber Herrn Koch dahingehend, dass von 500 Kursen pro Jahr ausgegangen wird und es daher eine vertretbare Annahme und Größe ist.

Herr Hilke ist erschüttert und sieht in dem Vorgang eine Vergesellschaftung von Aufgaben, die der Stadt nicht obliegen. Es geht, so unterstreicht er, weder um eine pflichtige Aufgabe noch um Daseinsvorsorge sondern um wirtschaftliche Betätigung und das Risiko beim Steuerzahler liegt. Der Schlag, den die Stadt hier ausführt, betrifft viele kleine private Unternehmen.

Der Abgeordnete Zänker unterstreicht, dass der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Verlässlichkeit wichtig ist, dass Unternehmer sich sicher sein sollen, dass, wenn sie Investitionen vornehmen, ihre Lebensgrundlage nicht von der Stadt weggenommen wird. Er weist darauf hin, dass die privaten Betätigungen der Stadt erfolglos blieben und dass in einer Situation, in der es eine bereits bestehende Alternative gibt, diese nicht genutzt wird, findet er sehr bedenklich. Daher entscheidet sich die Fraktion für ein klares Nein.

Jens Hoffrichter gibt zu bedenken, dass ein Fahrstuhl notwendig sein wird, wenn hier eine Tagesklinik angestrebt wird, das heißt, es ist mit Kosten zu rechnen, die zum jetzigen Zeitpunkt nicht abgeschätzt werden können.

Der Vorsitzende erklärt, dass dem fraktionellen Antrag der CDU stattzugeben ist und leitet die namentliche Abstimmung ein.

Name	Ja	Nein	Enthaltung
Alter, Elisabeth	-----	-----	-----
Apitz, Peter		X	
Collrepp von, Anja			X
Benz, René	X		
Bluschke, Helga			X
Buzziol, Heiner			X
Fiedler, Monika	X		
Gollmer, Martin	X		
Grasnack, Jürgen	X		
Hemmerling, Klaus	X		
Hengst, Hans-Ulrich	X		
Henkel, Eberhard	X		
Hilke, Rolf		X	
Hoffrichter, Jens		X	
Hoffrichter, Lothar			X
Koch, Uwe		X	
König, Lutz	-----	-----	-----
Ksink, Reinhard	X		
Luban, Jürgen	X		
Meinl, Maria	X		
Müller, Anne	X		X
Nachtigall, Lothar			X
Petenati, Wolfgang		X	
Radom, Käthe	X		
Runge, Klaus		X	
Sachse, Gerold	X		
Schulze, Roland	X		
Schumann, Petra	X		
Stiller, Jurik	X		
Teichmann, Jürgen		X	
Wagner, Elke	X		
Wende, Stephan	X		
Zänker, Jens-Olaf		X	

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Betreuung des Fitnesscenters durch die Fürstenwalder Sport- und Freizeiteinrichtungen – Kommunalen Eigenbetrieb zum 01.06.2012.

Zustimmung Ja 17 Nein 9 Enthaltung 5 Befangen 0

**TOP 12.4 Gebührensatzung für den Wochenmarkt der Stadt Fürstenwalde/Spree 5/388
(Wochenmarktgebührensatzung)**

Es besteht kein Erläuterungsbedarf.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Gebührensatzung für den Wochenmarkt der Stadt Fürstenwalde/Spree (Wochenmarktgebührensatzung) in der vorliegenden Fassung.

Zustimmung Ja 31 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 12.5 Satzung der Stadt Fürstenwalde/ Spree über die Erhebung von Benutzung- und Bestattungsgebühren auf den Friedhöfen der Stadt Fürstenwalde/ Spree (Friedhofsgebührensatzung) 5/394

Es besteht kein Erläuterungsbedarf.

Beschlussvorschlag:

Die der Drucksache beiliegende Satzung über die Erhebung von Benutzungs- und Bestattungsgebühren auf den Friedhöfen der Stadt Fürstenwalde/Spree wird beschlossen.

Zustimmung Ja 29 Nein 1 Enthaltung 1

TOP 12.6 Satzung über die Reinigung von Straßen der Stadt Fürstenwalde/Spree und Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungs- und Gebührensatzung) 5/397

Es besteht kein Erläuterungsbedarf.

Beschlussvorschlag:

Die der Drucksache beiliegende Satzung über die Reinigung von Straßen der Stadt Fürstenwalde/Spree und Erhebung von Straßenreinigungsgebühren wird beschlossen.

Zustimmung Ja 31 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 12.7 Vorhaben- und Erschließungsplan Nr. 20 "Spreepark" hier: Beschlüsse zur Aufhebung des Verfahrens 5/381

Es besteht kein Erläuterungsbedarf.

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Aufhebung des Satzungsbeschlusses über den Vorhaben- und Erschließungsplan Nr. 20 „Spreepark“ vom 23.09.1993.
2. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses zum Vorhaben- und Erschließungsplan Nr. 20 „Spreepark“ vom 17.12.1992.

Zustimmung Ja 31 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 12.8 Bebauungsplan Nr. 06 "Autohaus Saarower Chaussee" hier: Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses 5/382

Es besteht kein Erläuterungsbedarf. Der Abgeordnete Stiller hat vor der Abstimmung die Versammlung verlassen.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses zum Bebauungsplan Nr. 06 „Autohaus Saarower Chaussee“ vom 27.08.1992.

Zustimmung Ja 29 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

TOP 12.9 Bebauungsplan Nr. 42 "Rosa-Luxemburg-Straße" hier: Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses 5/383

Es besteht kein Erläuterungsbedarf.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses zum Bebauungsplan Nr. 42 „Rosa-Luxemburg-Straße“ vom 13.04.2000.

Zustimmung Ja 30 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 12.10 4. Änderung zum Bebauungsplan Nr. 13 "Gewerbe- und Industriegebiet ehem. Pintsch" hier: Einleitungsbeschluss zur Änderung 5/389

Es besteht kein Erläuterungsbedarf.

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt gemäß § 2 Abs. 1 und § 1 Abs. 8 BauGB die Einleitung der 4. Änderung zum Bebauungsplan Nr. 13 „Gewerbe- und Industriegebiet ehem. Pintsch“.
2. Die 4. Änderung soll im vereinfachten Verfahren gemäß § 13 BauGB durchgeführt werden.

Zustimmung Ja 30 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 12.11 2. Änderung zum Bebauungsplan Nr. 22 "Bahnübergang Johann-Sebastian-Bach-Straße" hier: Einleitungsbeschluss zur Änderung **5/390**

Es besteht kein Erläuterungsbedarf.

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt gemäß § 2 Abs. 1 und § 1 Abs. 8 BauGB die Einleitung der 2. Änderung zum Bebauungsplan Nr. 22 „Bahnübergang Johann-Sebastian-Bach-Straße“.
2. Die 2. Änderung soll im vereinfachten Verfahren gemäß § 13 BauGB durchgeführt werden.

Zustimmung Ja 30 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 12.12 Bebauungsplan Nr. 69 "Möbelmarkt Ehrenfried-Jopp-Straße" hier: Satzungsbeschluss **5/391**

Es besteht kein Erläuterungsbedarf.

Beschlussvorschlag:

1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass während der Beteiligung der Öffentlichkeit keine Stellungnahmen abgegeben wurden. Es wird zur Kenntnis genommen, dass während der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie der Nachbargemeinden Stellungnahmen eingegangen sind. Über den Sachverhalt der Stellungnahmen, ersichtlich in Anlage 1, wird entschieden. Der Abwägungsvorschlag der Verwaltung wird durch Beschluss zum Protokoll der Abwägung.
2. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt auf der Grundlage der §§ 3 und 28 Abs. 2 Ziff. 9 von Artikel 1 - Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) - des Gesetzes zur Reform der Kommunalverfassung und zur Einführung der Direktwahl der Landräte sowie zur Änderung sonstiger kommunalrechtlicher Vorschriften (Kommunalrechtsreformgesetz – KommRRRefG) in der Fassung vom 18.12.2007 (GVBl. I S. 286), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23.09.2008 (GVBl. I, S. 202, 207), in Verbindung mit § 10 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 22.07.2011 (BGBl. I, S. 1509), den Bebauungsplan Nr. 69 „Möbelmarkt Ehrenfried-Jopp-Straße“ für das Gebiet des Flurstücks 415 tw der Flur 95 und des Flurstücks 536 der Flur 107, Gemarkung Fürstenwalde/Spree, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und den textlichen Festsetzungen (Teil B) als Satzung. Die Begründung (Teil C) wird gebilligt.

Zustimmung Ja 30 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 12.13 Bebauungsplan Nr. 71 "Wohnen am Friedrich-Naumann-Platz" hier: erneute Änderung des Geltungsbereiches, erneuter Auslagebeschluss **5/392**

Es besteht kein Erläuterungsbedarf.

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die erneute Änderung des Geltungsbereiches für den Bebauungsplan Nr. 71 „Wohnen am Friedrich-Naumann-Platz“. Der geänderte Geltungsbereich umfasst die Flurstücke 196 tw und 607 tw der Flur 142, Gemarkung Fürstenwalde/Spree.
2. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, den geänderten Entwurf des Bebauungsplanes mit Begründung gemäß § 4 a Abs. 3 und 6 BauGB erneut öffentlich auszulegen.

Zustimmung Ja 30 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 12.14 Umbenennung des südlichen Abschnitts der Ernst-Thälmann-Straße 5/393

Bürgermeister Hengst räumt das Missverständnis aus der Welt, dass die Umbenennung auf Initiative der NCC Deutschland GmbH erfolgen soll. Er stellt heraus, dass es vielmehr eine Aufmerksamkeit von Seiten der Stadt an einen der größten Arbeitgeber am Standort darstellt. Herr Hengst erläutert kurz die Entwicklung und die inhaltlichen Hintergründe der Namensfindung (Nordstjernen AB ist Haupteigentümer der NCC AB). Herr Hengst bittet das Anliegen des Antrags nochmals zu überdenken und dem Antrag der Stadtverwaltung stattzugeben.

Der Abgeordnete Sachse unterbreitet den Vorschlag nicht den Begriff ‚Nordstern‘ zu verwenden sondern die schwedische Bezeichnung in Betracht zu ziehen.

Der Abgeordnete Wende und die Fraktion Die Linke können dem Vorschlag des Bürgermeisters aufgrund der ausgeführten Erklärung folgen. Die Fraktion bringt im Folgenden hierzu keinen weiteren eigenen Vorschlag ein, gibt aber die Anmerkung des Abgeordneten Sachse zu bedenken.

Frau Fiedler unterstützt den Vorschlag von Herrn Sachse.

Der Abgeordnete Jens Hoffrichter schlägt nach kurzer Diskussion in der Versammlung vor die Benennung „Am Nordstjernen“ zur Abstimmung zu bringen.

Der Vorsitzende mahnt eine schnelle Abstimmung an und befragt die Runde, wer der schwedischen Variante folgt: 12 Abgeordnete stimmen hierbei für „Am Nordstjernen“, 16 stimmen für „Am Nordstern“ – die Umbenennung wird demnach einstimmig beschlossen unter Bevorzugung der deutschen Variante.

Abgeordnete Anne Müller verlässt die Sitzung vor der Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Umbenennung des südlichen Abschnitts der Ernst-Thälmann-Straße in „Am Nordstern“.

Zustimmung Ja 28 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 12.15 Grasnickenbrunnen hier: Neugestaltung des Pflanzbereiches 5/398

Fraktionsvorsitzende Wagner führt aus, dass die Fraktion der SPD sowohl den Antrag der Bündnis 90/Die Grünen als auch den Änderungsantrag der Linken ablehnt. Sie befürworten die im Stadtentwicklungsausschuss mehrheitlich gefallene Entscheidung und somit in der Druckvorlage die Variante 2. Einer Stadt muss als eine ihrer originären Aufgaben, die Möglichkeit der Gestaltung offen stehen.

Der Abgeordnete Wende greift den früheren Vorschlag der CDU auf und stimmt im Namen der Fraktion der Überweisung des Antrages in den Fachausschuss zu. Darüber hinaus wird Die Linke mehrheitlich der Variante 2 des Antrags zustimmen.

Der Abgeordnete Hilke stellt heraus, dass er dem Antrag von Bündnis 90/Die Grünen zustimmen wird. Er plädiert aus Kosten- und gestalterischen Gründen dafür, die Linde zu erhalten und erwartet, dass sie über weitere 20 Jahre hinweg Bestand haben kann. Ansonsten kann er der Variante 1 des

Antrags folgen.

Der Abgeordnete Lothar Hoffrichter äußert ebenfalls die Befürwortung der Variante 1 auch im Namen seiner Fraktion.

Der Abgeordnete Luban plädiert für die komplette Neugestaltung.

Der Abgeordnete Sachse gibt den Gesundheitszustand der Linde zu bedenken: Sie kann zwar für kommende 15 bis 20 Jahre erhalten bleiben, weist jedoch Fäulnis im Bereich der Krone auf, was ihren Wert im Sinne der Gestaltung deutlich minimiert, da die Krone immer weiter zurückgeschnitten werden muss und keine neue ausgebildet werden wird. Daher sollten möglichst neue und große Bäume zur einheitlichen Entwicklung des Platzes gepflanzt werden.

Der Abgeordnete Apitz stellt heraus, dass der Antrag der Vorgabe von Gutachten folgt und verantwortungsbewusst vorgegangen werden muss. Das ihm vorliegende Gutachten weist jedoch andere Befunde zum Zustand der Linde aus. Er betont darüber hinaus, dass es zu wenige alte Bäume im Straßenbild gibt und sie grundsätzlich ein Konzept von Alt und Jung bevorzugen.

Die Abgeordnete Wagner zieht das Beispiel des Karl-Marx-Damm in Bad Saarow als Vorbild für die Ausschöpfung des gestalterischen Potentials heran. Herr Koch erwidert, dass hier eine andere Ausgangslage besteht und auch nichts gegen eine Mischung von Alt und Jung spricht.

Der Vorsitzende lässt zunächst über den Antrag der Bündnis 90/Die Grünen, dass Variante 1 bevorzugt wird. Dies wird mehrheitlich abgelehnt (13:15). Der Vorsitzende lässt in Folge über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt die Verwaltung, die Variante 2 weiter zu bearbeiten und im Frühjahr 2012 umzusetzen.

Zustimmung Ja 15 Nein 13 Enthaltung 1 Befangen 0

TOP 13 Informationen der Verwaltung

Es besteht kein Informationsbedarf.

TOP 14 Behandlung von Anfragen von Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung

Der Abgeordnete Wende stellt den Antrag, anlässlich des Holocaustgedenktagess zur Demonstration in Fürstenwalde gegen Rechts mit Unterstützung der ‚Plattform gegen Rechts‘, den Kirchen, den Fraktionen und der Stadtverwaltung aufzurufen, um möglichst viele Bürger zu beteiligen. Dem wird aus der Stadtverordnetenversammlung nichts entgegengesetzt. Die Organisation wird ab Anfang Januar in die Wege geleitet. Frau Fiedler informiert daraufhin, dass bereits am 21. Dezember die nächste Sitzung der ‚Plattform gegen Rechts‘ ist und dort die Thematik auf der Tagesordnung steht.

Der Abgeordnete Nachtigall regt an, die Ampel, die während der Bauarbeiten an der Kreuzung Bahnhofstraße/August-Bebel-Straße gestanden hatte, dauerhaft zu installieren. Bürgermeister Hengst nimmt es als Anregung zur Prüfung mit. Weiter äußert Herr Nachtigall sein Unverständnis darüber, dass ein Stadtverordneter in den Seniorenbeirat gewählt wurde, wobei ihm selbiges vor geraumer Zeit aus diesem Grund verwehrt wurde, indem eine ausdrückliche Empfehlung ihn nicht zu wählen ausgesprochen wurde. Herr Hengst rät, das persönliche Gespräch mit dem Verantwortlichen zu suchen, grundsätzlich äußert die Stadtverwaltung hier aber keine Empfehlungen.

Die Abgeordnete Wagner erkundet sich nach dem Verbleib der Ausstellung „20 Jahre Demokratie in Fürstenwalde“ und wünscht eine schriftliche Ausführung zu den Fragen, an welchen Schulen die Ausstellung zu sehen war, wo die Ausstellung im Augenblick steht und was in Zukunft mit der Aus-

stellung geplant ist. Zum Zweiten erkundigt sie sich, welche Pläne es von Seiten der Stadt gibt, in Zusammenhang mit den Problemen bei Kiez KOM tätig zu werden.

Die Abgeordnete Fiedler stellt die Problematik der Abstimmung des Fahrplanwechsels der deutschen Bahn mit den Busanbindungen des kreislichen Busunternehmens heraus. Als Folge hiervon stehen Schüler morgens teilweise über 30 Minuten vor verschlossenen Schultüren. Sie bittet zu prüfen, wie viele Schüler betroffen sind und was die Schulen hier zur Entschärfung des Problems beitragen können.

Der Abgeordnete Luban lobt erneut die weihnachtliche Festbeleuchtung in der Eisenbahnstraße und stellt heraus, dass eine Lücke zum Bahnhof (3 Laternen) existiert. Er regt an diese künftig zu schließen. Des Weiteren führt Herr Luban an, dass der Hallenwart der EWE-Sporthalle die Anweisung hat, Einsparungen vorzunehmen. Aus diesem Grund wird die Beleuchtung reduziert, was teilweise dazu führt, dass die Sportler fast im Dunkeln ihrem Sport nachgehen müssen. Er bittet darum, dass nicht unverhältnismäßig eingespart wird.

Der Bürgermeister führt aus, dass trotz der reduzierten Beleuchtung immer noch die DIN-Normen überschritten und somit mehr als ausreichend sind, sollte dies im Einzelnen nicht der Fall sein, muss dies geprüft werden. Weiter erwidert er, dass die Lücke in der Weihnachtsbeleuchtung zum Bahnhof im nächsten Jahr geschlossen werden soll.

Der Abgeordnete Sachse fragt, ob die Stadt gegen Nazi-Schmiererein an privaten Gebäuden vorgehen kann, hier die Besitzer beispielsweise auffordern diese zu beseitigen, insbesondere bei ortsansässigen Firmen.

Der Bürgermeister erwidert, dass natürlich bei städtischen Objekten möglichst umgehend reagiert wird auch im konkret vorgebrachten Fall hat E.ON edis auf Hinweis der Stadt umgehend reagiert. Leider nicht in ausreichender Konsequenz, worauf die Stadt das Unternehmen hinweisen wird.

Als weitere Anregung gibt Herr Sachse zur Kenntnis, dass das Tourismusbüro über kein EC-Kartenlesegerät verfügt und regt die Verwaltung an, hier unterstützend tätig zu werden.

Herr Wende schließt sich dem an und gibt den Hinweis, dass auch in der Kulturfabrik ein solches Gerät fehlt. Der Abgeordnete Wende erfragt im Zusammenhang mit der Problematik um die Betreuung der Badeanstalt am Petersdorfer See den Sachstand und erkundigt sich, ob hier Hilfe geleistet werden kann. Des Weiteren greift er die Thematik aus der Einwohnerfragestunde bezüglich des Hochwassers auf und erkundigt sich, ob mit den Arbeitsgruppen der Gemeinde Grünheide eine Zusammenarbeit bzw. Austausch von Ideen und Erfahrungen hierzu geplant ist. Als drittes bringt er die Überprüfung der Wirksamkeit der kommunalen Baumschutzsatzung ins Gespräch und fragt nach, wann dies erfolgen wird. Notwendig wird es aufgrund eines Gerichtsurteils, nachdem Bäume im B-Plan-Verfahren nicht mehr geschützt sind. Er regt an, die Baumschutzsatzung mindestens an die Rechtsnormen anzupassen.

Die Problematik um die Überarbeitung der Baumschutzsatzung wird von der Verwaltung mitgenommen, so Bürgermeister Hengst. Weiter führt er aus, dass die Bemühungen der Arbeitsgruppen zum Thema Hochwasser in Grünheide, Erkner hauptsächlich dazu dienen, Druck auf politisch Verantwortliche auszuüben. Hier gibt es keine Lösungen. Im Moment wird der Wasser- und Bodenverband verantwortlich gemacht, da die Gräben scheinbar nicht adäquat intakt gehalten werden. Höhere Gewalt, auch dem Klimawandel geschuldet, stellt unlösbare Aufgaben. Die Situation kann im Moment nicht geändert werden. Es kann nur versucht werden die bestehenden Probleme im Einzelfall zu lösen. Zum Badebetrieb am Petersdorfer See führt der Bürgermeister aus, dass die Lösungsversuche im Winter geruht haben. Nach Gesprächen im Sommer war ersichtlich, dass keine der Seiten es für notwendig erachtet die Stadt Fürstenwalde einzubeziehen, was darauf schließen lässt, dass die Fronten hier noch nicht verhärtet sind. Das Signal wurde verstanden, dass die Stadt, wenn gewünscht, zu Gesprächen bereit steht.

Die Abgeordnete Radom bemerkt, dass viele ehemalige Dreckecken der Stadt deutlich sauberer geworden sind.

Herr Dr. Wetter beantwortet die eingangs gestellte Frage von Frau Wagner zum Engagement der Stadt im Fall der Kiez KOM. Die Stadt trat in mehreren Fällen in vermittelnder Rolle auf. Die Möglichkeit, die Kiez KOM an das Mehrgenerationenhaus anzudocken, konnte leider nicht erfolgreich zum Abschluss gebracht werden. Hier wurde von der AWO dahingehend zwar Bereitschaft signalisiert, aber aufgrund der begrenzten Platzkapazitäten traten Probleme auf. Mit Schreiben vom 15.12.2011 lag der Entwurf vor, den Kiez KOM in einer kleinteiligeren Variante weiterzuführen. Dr. Wetter nimmt an, dass ein guter Weg gefunden werden wird und dass durchaus Optimismus angebracht ist.

Der Abgeordnete Nachtigall erfragt, ob und welche Fördermöglichkeiten für die Trockenlegung einzelner Keller existieren. Der Bürgermeister erwidert, wenn er Fördermöglichkeiten wüsste, wäre er der erste, der sie beantragen würde. Im Augenblick existiert hier kein Programm, Investitionen müssen bedauerlicherweise selbst getragen werden.

Der Bürgermeister führt auf Nachfrage des Abgeordneten Nachtigall aus, dass die Beschlüsse zum Ausbau der Sandstraßen im Rahmen der Haushaltsplanung vorgenommen werden. Hier wird auch eine Reihenfolge vorgeschlagen werden, die dann unter Berücksichtigung der Abhängigkeiten zur Entscheidung steht.

TOP 15 Beendigung des öffentlichen Teils der Sitzung

Der Vorsitzende beendet den öffentlichen Teil der Sitzung und leitet die Pause zur Herstellung der Nichtöffentlichkeit ein.

Die Niederschrift des Öffentlichen Teils der Sitzung umfasst 18 Seiten.

Jürgen Teichmann

Nadine Gebauer

Vorsitzender

Schriftführerin